

Finanzen 2019

Von Daniel Stadlin

Für die GLP sind ausgeglichene Staatsfinanzen von zentraler Bedeutung. Deshalb unterstützen wir das vom Zuger Regierungsrat lancierte Projekt «Finanzen 2019» ganz grundsätzlich.

GLP Was im Privaten gilt, gilt auch beim Staat - man kann nicht mehr ausgeben, als man hat. Der zunehmend aus dem Ruder laufende kantonale Finanzhaushalt ist so rasch wie möglich mit geeigneten Massnahmen wieder ins Lot zu bringen. Dass man sich dabei in einem ersten Schritt auf die Ausgaben fokussiert, ist richtig, haben sich doch die Staatsausgaben seit der Jahrtausendwende nahezu verdoppelt, während die Bevölkerung nur um knapp 27 Prozent zunahm.

Ausgabenwachstum

Auch unter Berücksichtigung der seit 2008 hohen Zahlungen in den NFA, bleibt immer noch ein Ausgabenwachstum von etwa 65 Prozent. Dies deutet darauf hin, dass in den zurückliegenden finanziell guten Zeiten, über das Notwendige hinaus, der Aufgabenbereich unverhältnismässig erweitert wurde. Nun soll der Aufwand an das auch in Zukunft finanzierbare angepasst und Ausgaben und Einnahmen ins Gleichgewicht gebracht werden. Dazu hat die kantonale Verwaltung vom Regierungsrat die Vorgabe erhalten, sämtliche Leistungen auf ihre Notwendigkeit und Optimierbarkeit zu überprüfen, um 15 Prozent einzu-



Daniel Stadlin, Kantonsrat GLP, Zug. z.V.g.

sparen. Es ist sehr zu hoffen, dass dies auch gelingen wird. Denn kann das von der Regierung anvisierte Einsparziel nicht voll umgesetzt werden, wird eine Steuererhöhung vermutlich unumgänglich. Solange diese moderat ausfällt, wird sie unseren Kanton auch kaum ins Elend stürzen. Was aber sicher nicht geht, ist eine Erhöhung des kantonalen Steuerfusses von 82 auf 97 Prozent. Dies wäre nötig, um das gesamte ab 2019 prognostizierte jährliche Defizit von 100 Millionen Franken auszugleichen - das scheint mir jedoch weder heute noch morgen eine vertretbare Option.

Erzürnte Piraten

Piratenpartei Piratenpartei Die Zentralschweizer Piraten wollen mit Plakaten gegen das Nachrichtendienstgesetz (NDG) mobilisieren, über das am 25. September abgestimmt wird. Ihr Gesuch, die städtischen Plakatstände zu benutzen, wurde vom Zuger Stadtrat jedoch abgelehnt. «Das Gesuch wurde mit der Begründung abgelehnt, dass aus Gründen des Stadtbilds nur die Plakate für und gegen die Doppelinitiative zugelassen würden. Dies, obschon an den zehn ausgewiesenen Plakatstellen zu Wahlen jeweils rund ein Dutzend Plakate zu sehen sind», ärgern sich die Piraten.

Freiheit in Gefahr

Stefan Thöni, Co-Präsident der Piratenpartei Schweiz, sieht mit dem NDG die persönlichen Rechte der Schweizer Bevölkerung und die Freiheit der Schweiz in Gefahr. Die Aufklärung des Stimmvolkes würde ihnen aber mit «fadenscheinigen Begründungen» verweigert. «Mittlerweile gewinnen wir den Eindruck, dass der Zuger Stadtrat sich offenbar einen ausgeprägten Pawlow'schen Reflex antrainiert hat: Sobald wir ein Gesuch stellen, wird dieses abgelehnt», ergänzt Vizepräsident Alexander Brehm. «In jedem Fall führen wir gegen diesen Entscheid Beschwerde und schöpfen alle uns zur Verfügung stehenden juristischen Mittel aus. Von Schmalspurdemokraten lassen wir uns nicht die Freiheit beschneiden», so Brehm weiter. PD/LF

«Mehreinnahmen» statt «Aufwandreduktion»

Von Barbara Gysel

«Nur weil eine Minderheit das Richtige sagt, wird das Richtige dadurch nicht falsch»: Um das strukturelle Defizit ab 2019 von 100 Millionen auszugleichen, fokussiert der Regierungsrat weiterhin auf die «Aufwandreduktion». Die SP fordert «Mehreinnahmen».

SP Um den Finanzhaushalt auszugleichen, beschloss Schwyz Steuererhöhungen. Ganz anders Zug. Unsere Regierung scheint Steuererhöhungen zu fürchten wie der Teufel das Weihwasser! Der Schwyzer FDP-Finanzdirektor Kaspar Michel kommentierte seinerzeit, dass «das strukturelle Defizit von 140 Millionen Franken und insbesondere die steigenden Zahlungen an den [...] NFA den Kanton Schwyz zwingen [würden], die Sanierung des Haushalts auch über Verbesserungen auf der Ertragsseite zu verfolgen.» Umgesetzt wird diese Einnahmenerhöhung in Schwyz über verschiedene Mittel. Nebst einem neuen Kantonstarif für Einkommen von über 230'000 Franken gehörten eine Beschränkung des Steuerrabatts für Dividenden auf maximal 50 Prozent dazu, die Verteilung der Grundstückgewinnsteuer mit neu 75 Prozent zugunsten des Kantons sowie der Anhebung des Vermögenssteuersatzes auf 0.6 Promille. Diese Schwyzer Teilrevision wurde sogar von der SVP unterstützt. In Zug jam-



Barbara Gysel, Kantonsrätin, Präsidentin SP Kanton Zug, Oberwil. ZW-Archiv

mern wir zuweilen mantramässig über den NFA. Stattdessen sollten wir unsere Probleme ursächlich angehen: NFA heisst auch Steuerpolitik! Unsere NFA-Zahlungen sind Folge unseres Ressourcenpotenzials. Dieses wird bei uns schlicht steuerlich mager ausgeschöpft. Der Zuger Regierungsrat nennt mutlos «Steuererhöhungen» als letztes Mittel. Künftig soll das budgetierte Defizit weiterhin mehrheitlich auf dem Buckel der Bevölkerung getragen werden. Das ist ein Bumerang. Der Finanzdirektor soll endlich Vorschläge für Mehreinnahmen vorlegen, ohne dass die sozial Schwachen darunter zu leiden haben.

LESERBRIEFE

Doppelinitiative: Eine Frage der Bedürfnisse

Das Initiativkomitee der Doppelinitiative wird nicht müde, überall und bei jeder Gelegenheit zu behaupten, die Sanierung des L&G-Gebäudes koste über 20 Millionen Franken. Der Stadtrat hat jedoch Kosten von rund 6.5 Millionen errechnet. Wie ist das möglich? Haben die beiden Organisationen unterschiedliche Gebäude betrachtet? Natürlich nicht. Aber sie gehen von verschiedenen Voraussetzungen, verschiedenen Bedürfnis-

sen und verschiedenen Ausbaustandards aus. Ein Beispiel dazu: Das Initiativkomitee und die Stadt Zug evaluieren je den Kauf eines neuen Autos. Die Initianten der Doppelinitiative (wie auch der mögliche Mieter Kanton Zug) entscheiden sich für einen BMW X5 xDrive. Ein schönes, grosses und kräftiges Fahrzeug. Kosten: Rund 78'000 Franken. Der Stadtrat hingegen wählt einen Volkswagen Golf Comfortline aus. Ein angemessene

nes und sicheres Auto aus der Mittelklasse, das etwa 25'000 Franken kostet. Etwa so sind die zwei unterschiedlichen Preisschilder entstanden. Ich als Unternehmer würde mich wie der Stadtrat entscheiden, denn der VW Golf ist zweckmässig und würde meine Bedürfnisse voll und ganz erfüllen. Darum lehne ich die Doppelinitiative ab und lege zwei kräftige Nein in die Urne!

Stefan Moos, Zug

«Papierei-Areal» gesellschaftspolitisch und wirtschaftspolitisch durchdacht

Als junge Chamer Unternehmer erachten wir das Projekt «Papierei-Areal» sowohl gesellschaftspolitisch wie auch wirtschaftspolitisch durchdacht, überzeugend und gelungen. Aus unserer Sicht sichert das Projekt (hoffentlich) langfristige Arbeitsplätze für das lokale Gewerbe. Es gibt zahlreichen KMU-Betrieben - die sich auch stark in

der Lehrlingsausbildung engagieren - die Chance, von einem zukunftsorientierten Projekt zu profitieren. Cham als attraktiver Arbeits- und Wohnort kann sich weiterentwickeln und das in einem Gebiet, das kein neues, zusätzliches Landwirtschaftsland tangiert. Ebenfalls als wertvoll erachten wir die Zwischennutzung der beste-

henden Fabrikgebäude durch Startups, kreativ-wirtschaftliche Tätigkeiten sowie kleingewerbliche Betriebe, die im Idealfall das «Papierei-Areal» auch langfristig kulturell, gewerblich wie auch kreativ prägen werden. Von unserer Seite unterstützen wir das Projekt daher mit zwei klaren Ja.

Peter Gisler, Cham

LESERBRIEFE

Zur Mundartinitiative

Die Schweiz ist ein viersprachiges Land und nun soll im Kanton Zug nach Ansicht der SVP ein Sprachdiktat per Gesetz eingeführt werden, das den Austausch unter Lehrpersonen oder Praktikanten über die Sprachgrenzen hinaus fast verunmöglicht und Kindern aus anderen Landesteilen die Integ-

ration sehr erschwert. Darum setze ich mich für den Gegenvorschlag ein, dieser fördere die Mundart, ohne jedoch das Hochdeutsch ganz zu verbieten. Ich glaube, dies liegt ganz im Sinne unserer Schweizer Werte.

Hans Baumgartner, Cham

Wer zweimal Ja denkt, muss zweimal Nein schreiben, denn ...

... kein Bauer verkauft ohne Not seine beste Kuh im Stall. Die Rendite des ehemaligen Landis & Gyr Geschäftssitzes beträgt heute 2.6 Prozent (1.4 Millionen Franken im Jahr), und das zu Zeiten von Negativzinsen! Sollen wir das Gebäude also verkaufen? Nein, auf keinen Fall! Büros der Verwaltung haben bis jetzt die Altstadt nicht belebt und werden es auch in Zu-

kunft nicht tun. Wohnungen, Kleingewerbe, Läden, öffentliche Lokale und Anlässe hauchen der Altstadt aber Leben ein. Wem also die finanzielle Lage der Stadt wichtig ist, und wer sich eine bunte, lebendige Altstadt wünscht, der stimmt zweimal Nein zur Doppelinitiative.

Monika Mathers-Schregenberg Oberwil

LB Füller oder auch nur WWW-Adresse

2x Nein zur Doppelinitiative!

Ich verstehe die wirklichen Interessen, die hinter diese Initiative stehen nicht und wage auch nicht zu mutmassen Fakt 1 ist, dass das Stimmvolk 2012 dem Kauf des L&G Gebäudes zugestimmt und somit auch entschieden hat, die Stadtverwaltung unter einem Dach - notabene an bester Lage für die Bevölkerung - zusammenzuführen. Fakt 2: Die Effizienz und Abläufe werden optimiert und die Mietkosten für die städtische Verwaltung massiv gesenkt. Fakt 3: Seit der Abstimmung hat sich die Aus-

gangslage verändert. So steht u.a. das Haus Zentrum nicht mehr zur Verfügung und die circa 80 bis 90 Arbeitsplätze müssten wiederum irgendwo durch die öffentliche Hand mit teurem Geld eingemietet werden. Schliesslich Fakt 4: Jedes Jahr wirft das L&G Gebäude für die Stadt Zug 1.4 Mio Gewinn ab! Warum also unter Druck und schlechteren Konditionen verkaufen? Für mich ist es sonnenklar: 2x Nein für diese schlichtweg undurchsichtige Doppelinitiative.

Hugo Halter, Zug

TEURER GRÜNER ZWANG

WWW.GRUENER-ZWANG.CH

Abstimmung vom 25. September 2016

NEIN

ZUR INITIATIVE GRÜNE WIRTSCHAFT

Extreme Bevormundung
Zwang, weniger Fleisch, Milchprodukte und importierte Früchte zu konsumieren

Stark steigende Preise
Neue Steuern auf Benzin, Diesel und Strom

Grünes Diktat im Alltag
Massive Einschränkungen zwingen zur radikalen Änderung des Lebensstils